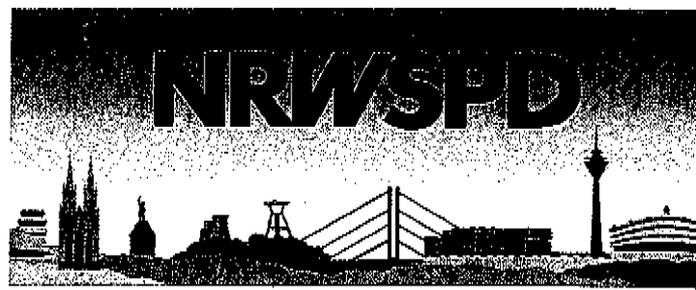


**Landesdelegiertenkonferenz.  
Außerordentlicher Parteitag.  
03. Februar 1990.**

**Siegerlandhalle, Siegen.**



## **Protokoll**

**Wir in Nordrhein-Westfalen:  
Wir werden wieder Nr. 1!**

# Impressum

---

Herausgeber: SPD-Landesverband NRW,  
Elisabethstraße 3, 4000 Düsseldorf 1  
Verantwortlich: Bodo Hombach

# Inhalt

	<b>Seite</b>
<b><u>Landesdelegiertenkonferenz</u></b>	5
<b>Eröffnung und Begrüßung</b>	6
<b>Grußworte</b>	7
<b>Konstituierung der Delegiertenkonferenz</b>	9
<b>Beschlußfassung über Tagesordnung und Geschäftsordnung</b>	10
<b>Rede des SPD-Landesvorsitzenden Johannes Rau</b>	11
<b>Bericht der Mandatsprüfungskommission</b>	16
<b>Beschlußfassung über die Landesreserveliste</b>	17
<b><u>Außerordentlicher Landesparteitag</u></b>	19
<b>Eröffnung und Begrüßung</b>	20
<b>Konstituierung des außerordentlichen Parteitags</b>	20
<b>Beschlußfassung über Tagesordnung und Geschäftsordnung</b>	21
<b>Bericht der Mandatsprüfungskommission</b>	21
<b>Beratung und Beschlußfassung über das Landtagswahlprogramm und die vorliegenden Anträge</b>	22
<b>Wortlaut der beschlossenen Anträge</b>	23
<b>Wortlaut des überwiesenen Antrages</b>	24
<b>Schlußwort von Johannes Rau</b>	25
<b>Das Wahlprogramm im Wortlaut „Wir in Nordrhein-Westfalen“</b>	27

# Eröffnung und Begrüßung

## Antje Huber, stellvertretende Landesvorsitzende

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich eröffne unsere Landesdelegiertenkonferenz mit Glückwünschen an Oskar Lafontaine und seine Saarländer zum Wahlsieg am vorigen Sonntag. Mit der Verabschiedung der Landesliste und der Einbringung unseres Wahlprogramms treten wir nun in Nordrhein-Westfalen in den Wahlkampf ein. Das Jahr 1990 ist ein schicksalsträchtiges Jahr, in dem sich entscheiden wird, ob wir tatsächlich an der Schwelle eines neuen Europa stehen. Es ist aber auch für uns Sozialdemokraten ein politisch entscheidendes Jahr, weil wir am 13. Mai Schulter an Schulter mit Niedersachsen die Möglichkeit haben, im Bundesrat die Mehrheit zu erringen, und das ist ein wichtiger Meilenstein. Danach werden wir dann zusammen mit allen Sozialdemokraten im Bundestagswahlkampf um die Mehrheit im Bund kämpfen, und dabei werden wir in Nordrhein-Westfalen wieder einen entscheidenden Beitrag zu leisten haben.

Unsere politischen Vorstellungen für die nächsten fünf Jahre im Lande werden wir im Anschluß auf dem Landesparteitag verabschieden. Johannes Rau wird auf dieser Landesdelegiertenkonferenz über die Situation des größten Bundeslandes in dieser ereignisreichen Zeit sprechen. Deshalb will ich hier nichts vorwegnehmen.

Jetzt, liebe Genossinnen und Genossen, geht es um die Liste. Sie ist ein Stück unserer Visitenkarte. Da hat es Irritation und Spekulationen in der Presse gegeben. Deshalb betone ich, sie ist ein Teil unserer Visitenkarte. Denn zu dieser Visitenkarte gehören auch alle Direktkandidaten, die keinen Platz auf der Liste haben, und dazu zählen fast alle Mitglieder des Kabinetts, die im Interesse ihrer Bezirke auf einen Listenplatz verzichtet haben.

Die Landesliste ist keine Geheimschrift, aus der man Nachfragen entziffern kann. Sie ist auch keinerlei Ab- oder Aufwertung von Kabinettsmitgliedern oder anderen Sozialdemokraten. Aber eins will die Landesliste deutlich machen: Wir haben noch nie in diesem Land und auch nicht in anderen Bundesländern auf den ersten zehn Plätzen sechs Frauen gehabt. Etliche von Euch wissen, daß es in den vorbereitenden Sitzungen einigen Ärger gegeben hat um den Platz 2, weil er in der Vergangenheit stets dem Fraktionsvorsitzenden zukam. Durch den

Vorschlag des Bezirks Westliches-Westfalen, hier einen „Doppelreißverschluß“ zu machen, ist eine Lösung gefunden, die breit getragen werden kann. Ich hoffe, daß alle dem zustimmen werden.

Die gute Platzierung der Frauen auf der Liste bedeutet aber nicht, daß wir die Quote im Landtag erreichen werden. In den Direktwahlkreisen sind nicht so viele Frauen zum Zuge gekommen, und manche haben schlechte Wahlkreise, aussichtslose Plätze. Hier ist der eigentliche Ansatzpunkt für die Zukunft.

Ilse Ridder hat aber gestern darauf hingewiesen, daß wir immerhin mehr als 20 Prozent Direktkandidatinnen haben, früher waren es nur um die zehn Prozent. Das ist erwähnenswert. Und wir sollten uns in den Wahlkreisen und auf der Landesliste hinter und um Johannes Rau scharen und gemeinsam dafür sorgen, daß er am 13. Mai ein optimales Ergebnis bekommt. ☾

Es obliegt mir nun, unsere Gäste zu begrüßen.

Ich begrüße Ilse Brusis als Mitglied des DGB-Bundesvorstandes.

Anke Fuchs ist als Bundesgeschäftsführerin der SPD zu uns gekommen.

Ich begrüße den Vorsitzenden des DGB-Landesbezirks, Dieter Malhberg, und Walter Haas vom DGB-Landesbezirk.

Ich begrüße Richard Winkels und eine Reihe von Staatssekretären, unter ihnen Dr. Friedrich Besch und Dr. Bodenbender, Heide Dörrhöfer-Tucholsky, Dr. Heinz Nehrling und Wolfgang Rlotte.

Ferner begrüße ich die Regierungspräsidenten Richard Grünschläger, Dr. Fritz Behrens und Günter Samtlebe, den Oberbürgermeister von Dortmund.

Ich heiße alle herzlich willkommen.

Die Landesdelegiertenkonferenz ist nach strengen Vorschriften abzuhalten. Ich darf Euch deshalb vorschlagen, ☾

Christoph Zöpel als Versammlungsleiter,  
Herbert Schwirtz als Schriftführer,  
Eleonore Güllenstern als Vertrauensfrau,  
Josef Krings als stellvertretenden Vertrauensmann  
und

Gabriele Behler sowie Konrad Gilges  
als Sammlungsteilnehmer/in zur Versicherung an Eides statt  
zu wählen.

Die Landesdelegiertenkonferenz wählte die Genannten einstimmig.

# Grußworte

## Hilde Fiedler, Bürgermeisterin der Stadt Siegen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Johannes, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen.

Es ist für mich ein wirklich erhebendes Gefühl, vor dieser illustren Gesellschaft als Sozialdemokratin – und das auch noch Seite an Seite mit einem Sozialdemokratischen Landrat, die wir beide die Region vertreten – hier und heute zu Euch sprechen zu dürfen.

Diese Stadt, die am äußersten Zipfel des südlichen Westfalens liegt und mit 107.000 Einwohnern nach der Raumordnung 1975 oberregionale Aufgaben übernehmen mußte, ist als Oberzentrum aber noch immer auf die Zuschüsse aus Düsseldorf angewiesen. Wir bedanken uns daher für das, was uns in der Vergangenheit zugeflossen ist, aber wir möchten heute auch sagen, das muß auch in Zukunft so bleiben, damit diese Stadt die Aufgaben erfüllen kann, die die Region von ihr erwartet.

Ich hoffe, daß der Programmparteitag, der heute anschließend stattfinden wird, genauso harmonisch verläuft wie das Aufstellen der Landesliste, was ja nicht so ganz einfach ist. Aber wenn ich mir die Ergebnisse der letzten Landtagswahl betrachte, so ist die Landesliste doch relativ unwichtig, und so überflüssig wie ein Wurmfortsatz. Ich hoffe, daß alle Wahlkreise so geholt werden wie das letzte Mal. Das wünsche ich unserem Land NRW, das wünsche ich unserer Stadt, und das wünsche ich unserer Partei.

Da Johannes Rau ein Mann ist, der sich überall tummelt und überall etwas in die Hand gedrückt bekommt, habe ich mir gedacht, ihm diesmal etwas typisch Siegerländisches für seine Frau mitzugeben – einen „Mäckes“. Der Mäckes ist ein altes, historisch geprägtes Kaffeekesselchen, das die Bauern und Haubergarbeiter früher mitgenommen haben zur Arbeit, um daraus ihren Kaffee zu trinken. Ein vielgeplagter Ministerpräsident kann das sicherlich am Abend auch einmal tun.

Mäckes ist außerdem der Name für jeden, der in die Stadt und in die Region fremd hinzugekommen ist. Ich bekenne, ich bin ein Mäckes, der diese Stadt und diese Landschaft liebt. Ich bin über vierzig Jahre hier und Ihr seht, ich bin hier oben gelandet und darf als Bürgermeisterin diese Stadt vertreten. Das macht mich stolz und glücklich.

Ich danke fürs Zuhören und wünsche Glück auf!

## Walter Nienhagen, Vorsitzender des Unterbezirks Siegen

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Johannes, liebe Genossinnen und Genossen, meine Damen und Herren!

Ich begrüße Euch recht herzlich im südlichsten Unterbezirk unseres Bezirks Westliches Westfalen. Wir freuen uns, daß Ihr heute hier bei uns die Landesdelegiertenkonferenz und den Programmparteitag für die Landtagswahl 1990 abhalten werdet. Es ist übrigens der erste Landesparteitag in der Geschichte unserer Partei hier in Siegen.

Siegerland und Wittgenstein, geprägt von Bergbau und Eisenverhüttung, ist eine der ältesten Industrieregionen Europas, aber auch eine Region von landschaftlicher Schönheit. Der Kreis Siegen-Wittgenstein ist der walddreichste Kreis der Bundesrepublik.

Es ist aber auch eine Region, die – ähnlich dem Ruhrgebiet – kein sozialdemokratisches Stammland war. Der Hofprediger Stöcker war hier einst Reichstagsabgeordneter. Die heutige führende Position der Sozialdemokraten ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen intensiven politischen Arbeit. Der endgültige Durchbruch im protestantisch stark geprägten Siegerland kam mit Gustav Heinemann und seinen Mitsreitern. Namen wie Fritz Fries, Hermann Schmidt, Hans-Georg Vitt, Waltraud Steinhauer, Loke Mernitzka und Dieter Moritz stehen für diese Region.

Wir sind ein relativ kleiner Unterbezirk, wenn auch die Fläche und die daraus resultierenden gefahrenen Kilometer sich durchaus sehen lassen können. Es ist nicht immer leicht, sich so im Dreiländereck zwischen Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen zu behaupten. Der Landesregierung möchten wir deshalb ganz herzlich für ihr Verständnis und für ihre Unterstützung unserer Region danken. Wir haben tüchtig mit diesen Pfunden gewuchert und die Erfolge sind sichtbar.

Allerdings ist nach wie vor problematisch, daß wir bei der Wahlkreiseinteilung totgeteilt worden sind. So müssen wir bei der Landtagswahl unsere SPD-Städte und -Gemeinden in Wittgenstein dem Sauerlandkreis überlassen und bei der Bundestagswahl die SPD-Städte Freudenberg, Kreuztal und Hilchenbach an den Kreis Olpe abgeben. Dies ist nicht nur für die Identität problematisch, sondern das führte auch dazu, daß dieser Wahlkreis beim letzten Mal knapp verlorenging. Aber ich will Euch nicht unser Leid klagen.

Wir freuen uns jedenfalls, daß Ihr heute hier seid – gerade in einer Zeit des Auf- und Umbruchs wie der heutigen. Die Sozialdemokraten des Siegerlandes und Wittgensteins wünschen Euch gute Beratungen und Entscheidungen, gute Beschlüsse in der Siegerlandhalle. Wir wünschen uns, daß Ihr einmal wiederkommt und grüßen mit einem herzlichen Glück auf!

# Hermann Heinemann, Vorsitzender des Bezirks Westliches Westfalen

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Wahl des Veranstaltungsortes zeigt, daß wir Sozialdemokraten auf Sieg und nicht auf Platz setzen und dazu haben wir auch allen Grund. Sozialdemokraten haben im Saarland und in Berlin und bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen gesiegt. Auch in fast allen Städten und Kreisen unseres Bezirks, in dessen Namen ich Euch herzlich begrüßen darf, waren Erfolge der Sozialdemokraten zu verzeichnen. Aber trotzdem der politische Gegner fast fünf Prozent verloren hat, rechnet Herr Blüm daraus einen Sieg bei den Kommunalwahlen aus. Sein Pech ist nämlich, daß er nicht in Nordrhein-Westfalen zur Schule gegangen ist, sonst hätte er richtig rechnen gelernt. Nur: Wer nicht in NRW zur Schule gegangen ist, der kann auch hier nicht Ministerpräsident werden!

Ich habe keine Zweifel, daß wir den Siegeszug fortsetzen werden, ob in der DDR oder in Nordrhein-Westfalen. Wer suggerieren will, daß uns die Wähler davonlaufen, der weiß nicht, daß viele konservative Wähler und Mitglieder auch in unserem Bezirk in Scharen zu uns gekommen sind und wir deshalb eine positive Mitgliederentwicklung zu verzeichnen haben. Und wenn ich sage, daß uns die Wähler zulaufen, dann hat das nicht nur etwas damit zu tun, daß wir die besseren Kandidaten haben. Ich nenne Lafontaine statt Töpfer, Momper statt Diepgen, ich nenne ganz besonders Johannes Rau statt Norbert Blüm. Gerade wir Sozialdemokraten haben in den zurückliegenden Jahren deutlich gemacht, daß dieses Land trotz aller Strukturprobleme sozial geblieben ist. Das werden wir auch mit unserem Wahlprogramm, was wir heute beschließen wollen, der Bevölkerung wieder beweisen. Und ich bin dankbar, daß dieses Wahlprogramm mit den Worten beginnt: „Wir in Nordrhein-Westfalen bleiben sozial.“ Es wird schwer genug sein, den sozialen Vorsprung in den kommenden Jahren zu halten, wenn ich an die Kohle denke, an wirtschaftliche Umbrüche,

technologische Entwicklung in der Bio- und Gentechnik, und wenn ich an andere Aufgaben denke, die auf uns zukommen.

Deshalb möchte ich hier dem Thema, das uns in den Städten unseres Bezirkes besonders am Herzen liegt, einige wenige Gedanken widmen; denn die Situation in vielen Städten und in vielen Kommunen unseres Landes ist mehr als ernst. Wir wissen, daß die Kommunen nicht in der Lage sind, diesen Menschenstrom der letzten Wochen und Tage auch in Zukunft weiter aufzunehmen. Sie brauchen unsere Hilfe.

Aber besonders helfen müssen wir den Ländern, aus denen die Menschen kommen. Ich denke an Polen, an die UdSSR, an Rumänien, und ich denke ganz besonders an die DDR.

Unsere Politik kann nicht darin bestehen, Anreize zum Kommen zu geben. Sondern sie muß darin bestehen, daß das Geld, das wir einsparen, wenn der Zustrom nicht mehr in dieser Form erfolgt, in die Länder – insbesondere in die DDR – gegeben wird, um dort zu helfen und den Menschen an Ort und Stelle auch wieder ein Stück Hoffnung zu vermitteln.

Wir dürfen keiner Entwicklung Vorschub leisten, die schon zu erheblichen Problemen in der Vergangenheit geführt hat und die zu unlösbaren Konflikten führen könnte. Dabei, und ich möchte daran erinnern, sind auch unsere europäischen Nachbarn gefordert. Denn eine Vereinigung im europäischen Rahmen heißt auch, daß die EG mithelfen muß, die materiellen Voraussetzungen für ein solches Zusammenwachsen in Europa zu schaffen. Auch die EG muß sich daran beteiligen und Kapitalhilfe in den Osten geben. Nur so werden wir stabile Verhältnisse in unserem Lande sichern und bewahren können.

Genossinnen und Genossen, ich weiß, daß der Parteitag heute diese großen sozialen Herausforderungen im Hinterkopf haben wird, wenn er das Wahlprogramm der SPD für Nordrhein-Westfalen beschließen wird. Dieser Parteitag ist eine erneute Gelegenheit deutlich zu machen, daß Sozialdemokraten die Herausforderungen der Zeit sozial und gerecht lösen können, wenn sie in der Verantwortung sind. Das gilt für Europa, das gilt für Deutschland, und das gilt vor allem für Nordrhein-Westfalen. Der Siegeszug der sozialdemokratischen Idee ist nicht aufzuhalten, schon gar nicht in Nordrhein-Westfalen. Dazu ein herzliches Glück auf!

# Konstituierung der Landesdelegiertenkonferenz

Die Vorgeschlagenen wurden gewählt und bestätigt

## Wahl des Versammlungsleiters/ der Versammlungsleiterin

Christoph Zöpel                      Bezirk Westliches Westfalen

## Wahl des Schriftführers/der Schriftführerin

Herbert Schwirtz                      Bezirk Westliches Westfalen

## Wahl des Vertrauensmannes/ der Vertrauensfrau

Eleonore Güllenstern                      Bezirk Niederrhein

## Wahl des stellvertretenden Vertrauensmannes/der Vertrauensfrau

Josef Krings (Stellvertreter)                      Bezirk Niederrhein

## Wahl von zwei Versammlungsteilnehmern zur Versicherung an Eides Statt

Gabriele Behler                      Bezirk Ostwestfalen-Lippe  
Konrad Gilges                      Bezirk Mittelrhein

## Wahl der Mandatsprüfungskommission

Berthold Boden                      Bezirk Westliches Westfalen  
Ulrich Everding                      Bezirk Ostwestfalen-Lippe  
Ferdinand Franke                      Kontrollkommission  
Hanna Kästner                      Bezirk Mittelrhein  
Elisabeth Krumbein                      Bezirk Niederrhein  
Wilfried Mittelberg                      Kontrollkommission  
Herbert Nilges                      Kontrollkommission  
Erwin Stahl                      Kontrollkommission  
Rainer Verhoeven                      Kontrollkommission

## Wahl der Zählkommission

Manfred Heldt	Bezirk Niederrhein
Ralf Josten	Bezirk Niederrhein
Marianne Kerner	Bezirk Mittelrhein
Brigitta Kraft	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Manfred Lucas	Bezirk Mittelrhein
Ursula Metz	Bezirk Westliches Westfalen
Wilfried Mittelberg	Kontrollkommission
Herbert Nilges	Kontrollkommission
Renate Riesel	Bezirk Westliches Westfalen
Erwin Stahl	Kontrollkommission
Rainer Verhoeven	Kontrollkommission

Christoph Zöpel gab bekannt, daß ein Antrag zur Landesdelegiertenkonferenz vorliege und von daher eine Antragskommission zu wählen sei. Er wies darauf hin, daß die Antragskommission zum Landesparteitag bereit sei, dafür zur Verfügung zu stehen. Die Landesdelegiertenkonferenz gab diesem Vorschlag ihre Zustimmung und bestätigte als:

## Mitglieder der Antragskommission

Franz-Josef Antwerpes	Bezirk Mittelrhein
Gabriele Behler	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Gerhard Benner	Bezirk Westliches Westfalen
Heidi Berger	Bezirk Niederrhein
Jürgen Büssow	Bezirk Niederrhein
Stefan Frechen	Bezirk Mittelrhein
Reinhard Grätz	Landesvorstand
Ulrike Merten	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Franz Müntefering	Bezirk Westliches Westfalen
Marita Rauterkus	Bezirk Mittelrhein
Ilse Ridder-Melchers	Landesvorstand
Robert Schumacher	Bezirk Niederrhein
Angelica Schwall-Düren	Bezirk Westliches Westfalen
Horst Steinkühler	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Christoph Zöpel (Vors.)	Landesvorstand

# Beschlußfassung über

## a) Tagesordnung

## b) Geschäftsordnung

Tages- und Geschäftsordnung wurden wie folgt angenommen:

### Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung durch Antje Huber
2. Konstituierung der Landesdelegiertenkonferenz
  - a) Wahl des Versammlungsleiters/der Versammlungsleiterin
  - b) Wahl des Schriftführers/der Schriftführerin
  - c) Wahl des Vertrauensmannes/der Vertrauensfrau
  - d) Wahl des stellv. Vertrauensmannes/Vertrauensfrau
  - e) Wahl von zwei Sammlungsteilnehmern zur Versicherung an Eides Statt
  - f) Wahl der Mandatsprüfungskommission
  - g) Wahl der Wahlkommission
  - h) Bestätigung der Antragskommission
3. Beschlußfassung über
  - a) die Tagesordnung
  - b) die Geschäftsordnung
4. Rede des Ministerpräsidenten und SPD-Landesvorsitzenden Johannes Rau
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission
6. Beschlußfassung über die Landesreserveliste
  - a) Platz eins der Landesreserveliste
  - b) Platz zwei bis Schluß der Landesreserveliste
7. Schlußwort.

### Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die von den Bezirken bzw. Unterbezirken gewählten Delegierten.
2. Die Landesdelegiertenkonferenz ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten abstimmen.
3. Die Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.
4. Die Wahl der Kandidaten/Kandidatinnen der Landesreserveliste ist geheim.  
Es werden gewählt:  
im ersten Wahlgang der Spitzenkandidat,  
im zweiten Wahlgang die Gruppe von Platz zwei bis Ende der Landesreserveliste.  
Über Änderungsanträge zur vorgeschlagenen Landesreserveliste wird gesondert geheim abgestimmt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält.
5. Die Redezeit für Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen beträgt fünf Minuten.
6. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
7. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
8. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller/Antragstellerinnen erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.
9. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je einem Redner/einer Rednerin Gelegenheit gegeben worden ist, für oder gegen den Antrag zu sprechen.
10. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.

# Rede des Ministerpräsidenten und SPD-Landesvorsitzenden Johannes Rau

Liebe Freunde,

wenn man sich zum dritten Mal um die Funktion des Spitzenkandidaten und damit um das Amt des Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen bewirbt, so wie ich es heute tue, dann bewegen einen nicht gemischte, aber doch unterschiedliche Gefühle. Etwas Stolz auf das, was man hat leisten können, ist dabei. Anspannung ist dabei, ob und wie wir miteinander die große Kraftanstrengung der vor uns liegenden einhundert Tage bewältigen. Die Frage ist dabei, ob es uns gelingt, die Menschen im Lande so anzusprechen, daß sie nicht unsere Parolen hören, sondern Antworten auf ihre Fragen. Aber dabei ist auch – bei aller Sorge, ob man das wohl schaffen könne – ein Gefühl großer Dankbarkeit: der Dankbarkeit dafür, daß wir jetzt in Nordrhein-Westfalen seit 24 Jahren Regierungsverantwortung tragen dürfen; der Dankbarkeit dafür, daß wir in diesen 24 Jahren davon zehn Jahre lang mit einer absoluten Mehrheit dies Land haben gestalten, nach vorn bringen, modernisieren können; und der Dankbarkeit dafür, daß wir das als eine geschlossene Partei haben tun können, in der man sich aufeinander verlassen konnte.

Auch des Dankes dafür, daß diese Partei mich so nimmt, wie ich bin. Und ich ändere mich wohl kaum noch. Aber man weiß ja, daß man mit Stärken und Schwächen seine Arbeit tut.

Ich spreche das hier am Anfang aus, weil ich ohne die tragende Kraft der Gemeinsamkeit der SPD in Nordrhein-Westfalen meine Arbeit nicht hätte tun können. Und weil ich glaube, von diesem Tag muß auch ein neues Bewußtsein des Zusammengehörens aller Sozialdemokraten ausgehen. Da hat es einige Irritationen gegeben, auch in der Diskussion um Personen. Ich hoffe, wir wischen das weg. Weil wir wissen, es geht nicht um uns, um unser „standing“, sondern es geht darum, dieses Land nach vorn zu bringen, Nordrhein-Westfalen nach vorn zu bringen. Das ist unser Auftrag. Ich habe diesen Auftrag nur erfüllen können, weil es in der Partei unterschiedliche Begabungen, unterschiedliche Temperamente und unterschiedliche Funktionen gegeben hat. Und es muß dabei bleiben, daß wir ein Mannschaftsspiel betreiben: Partei, Fraktion, Regierung. Wir gehören zusammen. Und jeder hat seine Funktion. Wenn wir das wie in den vergangenen Jahren auch in Zukunft so praktizieren, dann können wir in weniger als einhundert Tagen einen schönen und erfolgreichen Wahlsonntag haben.

Schon der letzte Sonntag war ja Anlaß zu heller Freude: Oskar Lafontaine und die Sozialdemokraten an der Saar haben uns – wie 1980 und 1985 – eine gute Vorlage gegeben. Und wer sich das genauer ansieht, der wird feststellen: Da sind am vergangenen Sonntag eine Reihe von Vorurteilen und Fehltritten ausgeräumt worden. Zum Beispiel das Vorurteil, man könnte absolute Mehrheiten nicht ausbauen.

Tatsache ist, daß auch wir von 1980 auf 1985 von der Mandatsmehrheit zur Stimmenmehrheit gekommen sind. Zum Beispiel das Vorurteil, die CDU habe ihre Krise hinter sich. Jetzt hat sie neunmal hintereinander ein Minuszeichen vor ihrem Wahlergebnis. Und am 13. Mai kommen zwei weitere Minuszeichen dazu, wenn wir hellwach sind: in Niedersachsen und in Nordrhein-Westfalen.

Zum Beispiel das Fehltritt, die FDP segele im Genscher-Wind Schatten in ungeahnte Höhen. Irrtum. Genscher allein genügt nicht. Und wer vor allem in der Wirtschaftspolitik seinen politischen Platz rechts von der CDU sucht, und wer sich nicht aus der CDU-Bindung befreit, der rutscht ab.

Zum Beispiel die Fehleinschätzung, die Grünen hätten in allen Regionen einen festen Wählerstamm. Die Wahrheit ist: Die ständige Selbstbeschäftigung der Grünen löst Langeweile aus. Und die beste Umweltpolitik ist sozialdemokratische Umweltpolitik, wie wir sie in unserem Land zeigen.

Zum Beispiel das Fehltritt, die Republikaner wären nicht zu stoppen. Immer mehr Menschen erkennen, welcher Geist in diesem rechtsextremen Haufen steckt.

Und ich denke, der Sonntag an der Saar hat auch belegt: Es gibt eine nach oben offene SPD-Skala. Und für klare Verhältnisse gibt es auch eine klare Mehrheit, die wollen wir haben.

Es gibt noch eine Erkenntnis: Wer von Kohl ins Land geschickt wird, hat immer schlechte Karten. Bei der CDU ist zwar manches unklar, aber eines ist immer klar: Sie wechselt bei jeder Wahl den Spitzenkandidaten. Ich freue mich auf den von 1995, ich möchte nämlich nochmal antreten, und ich freue mich dann auf den, der dann kommt. Denn wenn wir stark sind und selbstbewußt, dann bleibt es bei der bisherigen Arbeitsteilung. Die CDU sagt, sie lege bei den Umfragen zu und wir legen bei den Wählern zu. Dabei soll es bleiben.

Wir führen diesen Wahlkampf, den dritten, in den ich in der Funktion des Ministerpräsidenten gehe, unter veränderten Bedingungen. Ich denke, es ist gut, wenn wir nachdenklich über das sprechen, was sich in den letzten Monaten ereignet und verändert hat. Für mich hat das Staunen noch nicht aufgehört. Ich habe in Köln beim Landesparteitag davon erzählt, wie wir am 9. November abends in Leipzig waren, um eine Kulturwoche zu eröffnen, wie da plötzlich der Zettel kam aufs Rednerpult: „Die Mauer ist offen.“ Das war eine Nachricht, die hat das Leben von Menschen grundlegend verändert, die hat Neues aufgetan, die hat auch Tränen gestillt. Sie hat auch neue Sorgen aufgepackt. Das ist eine Dimension, liebe Freunde, die ist uns allen noch gar nicht bewußt.

Mir wird es am deutlichsten, wenn ich Euch sage: Heute ist hier unser Landesparteitag, morgen früh darf ich beim Kreisparteitag der SPD in Leipzig sprechen. Man stelle sich vor, das hätte uns jemand vor zwei Jahren vorhergesagt: Den hätten wir doch in fachärztliche Behandlung geschickt. So ist doch die Situation, so ist doch die Veränderung, mit der wir es zu tun haben. Und da ist ja nicht nur diese Veränderung in der DDR. Überlegt doch mal: Ich habe vor zwei Jahren ein paar Solidarnosc-Leute getroffen, die haben mir da noch erzählt – drei waren es –, wie sie in den Kellern mit geschenkten Vervielfältigungsapparaten Flugblätter abziehen. Ein Jahr später habe ich die drei wieder getroffen. Der eine war Ministerpräsident, der andere Parlamentspräsident und der dritte Fraktionsvorsitzender von Solidarnosc.

Blickt doch mal nach Prag. Im September des letzten Jahres, als der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen wurde, durfte der Preisträger nicht einreisen und mußte seine

Rede verlesen lassen. Vor zwei Wochen haben wir gesehen: Er ist als Staatspräsident vereidigt worden.

Blickt nach Ungarn. Seht, was sich verändert hier bei uns in Europa und in unserem Land. Das Staunen wird man nicht los; den Schmerz auch nicht, denn in Rumänien hat diese Befreiung Menschenleben gekostet. Schreckliche Bilder haben wir in Erinnerung.

Da ist die Nachkriegszeit zu Ende gegangen. Da gewinnt Politik eine neue Dimension. Und das ist eine Dimension, die hat nicht nur was zu tun mit Strukturen und mit Machtblöcken, sondern mit dem Leben von Menschen, und da haben wir Deutschen eine riesige Chance: die Chance, mit unseren Nachbarn, mit unseren Freunden, mit unseren Partnern in einem sich neu gestaltenden Europa die Einheit in Freiheit zu vollenden. Das wollen wir. Diese revolutionären Veränderungen haben riesige Chancen, aber sie haben auch Risiken. Darum brauchen wir, neben aller Bereitschaft zum Handeln, Nüchternheit, Klarheit des Blickes und der Worte. Denn gerade wir Deutschen müssen ein starkes Interesse an Stabilität in Europa haben. Destabilisierung würde das Ziel der Einheit nicht nur gefährden, sondern unmöglich machen. Aber Stabilität ist nicht Status quo erhalten, sondern Status quo überwinden. Und da weiß jeder: Dieser Auftrag, das neue Europa zu bauen, das ist ein Auftrag für viele Jahre. Er gelingt nur, wenn wir auf diesem Weg berechenbar bleiben, wenn es in Grundsatzfragen keine Zweideutigkeiten gibt. Das gilt auch für das Verhältnis der Deutschen zueinander. Es gehört ja zu den Risiken, von denen ich gesprochen habe, daß es in beiden deutschen Staaten wieder nationalistische Töne gibt. Das ist lebensgefährlich. Denn in der Vergangenheit hat Nationalismus immer nur Leid und Unglück über die Völker gebracht, auch über die Völker Europas. Und darum müssen wir von Anfang an dem Nationalismus widerstehen, weil wir Patrioten sind. Weil wir wollen, daß zusammenwächst, was zusammengehört.

Darum darf es an uns keinen Zweifel geben, weder im Westen noch im Osten. Darum müssen wir deutlich sagen, was wir nicht wollen. Wir wollen keine Restauration, wir wollen nicht die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937. Wir wollen keinen neuen deutschen Zentralstaat. Der Föderalismus ist unsere Antwort auf den Zentralismus, auf den Machtmißbrauch und auf den Nationalismus. Wir wollen einen Deutschen Bund und kein Deutsches Reich!

Ich glaube, daß diese Klarheiten die Voraussetzung dafür sind, daß wir unsere Einheit in Freiheit vollenden können. Und wer jetzt wieder zurückblickt, wer die alten Entwürfe sucht, wer jetzt Zweifel sät, wer jetzt Mißtrauen weckt, der verspielt die Chancen, die die Deutschen in der DDR sich und damit uns geschaffen haben. Denn das was da drüben geschehen ist, das ist zuerst die Leistung derjenigen, die den aufrechten Gang geübt haben und gegangen sind, als das noch lebensgefährlich war.

Und die sollten wir nicht vergessen.

Ministerpräsident Hans Modrow hat am 1. Februar, vorgezogen, zu unser aller Überraschung die Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf die Tagesordnung gerückt. Das Wichtige ist: Dieser Satz ist abgesprochen mit Michail Gorbatschow. Die Elemente sind deutlich: Es geht um eine Vertragsgemeinschaft, um Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft. Es geht um konföderative Elemente, eine Wirtschafts-, eine Währungs- und eine Verkehrsunion. Es geht um die Angleichung der Rechtssysteme. Es geht um die Konföderation von DDR und Bundesrepublik mit gemeinsamen Organen und Institutionen. Es wird gemeinsame „Machtorgane dieser Konföderation“ geben, so sagt Modrow. Es geht um die Bildung eines einheitlichen deutschen Staates in Form einer Konföderation oder eines deutschen Bundes. Ich begrüße diesen Vorschlag, und ich stimme ihm in fast allen Punkten zu. Denn ich setze auf Einheit!

Darf ich einen Gedanken noch einmal aufgreifen, den ich beim

Kölner Parteitag gesagt habe: Wer als Kind evakuiert gewesen ist in Sachsen und Thüringen, wer 1952 in die Politik gekommen ist gemeinsam mit Gustav Heinemann, um der Einheit willen, um der Aufhebung und Überwindung der Spaltung willen, der bedarf der Belehrung nicht, und der muß nicht ständig Zeugnis ablegen von seinem Willen zum Zusammenwachsen, sondern der will etwas dafür tun.

Das erste, was wir tun müssen, Hermann Heinemann hat davon gesprochen, und ich komme darauf noch einmal zurück, das ist: praktische Schritte gehen, damit die Menschen in der DDR leben und sich da wohlfühlen können. Sie brauchen eine Perspektive für ihr Leben dort.

Das wird uns Opfer abverlangen. Das wird uns abverlangen, daß wir den Zuwachs, den wir bei uns haben, nicht bloß für uns behalten, sondern daß wir das Teilen lernen und daß wir anfangen müssen mit einer Währungspolitik, von der wir heute in den Zeitungen lesen, daß sie wohl schon am Anfang des kommenden Jahres realisiert werden kann.

Aber es gibt einen Punkt, da weiche ich von Hans Modrow ab, und ich will das hier auch hervorheben: Es kann im militärischen Bereich, im Verhältnis der beiden Militärbündnisse, keinen deutschen Sonderweg geben. Das sagt Modrow auch in seiner Erklärung.

Er spricht auch davon, daß wir die Interessen aller europäischen Staaten berücksichtigen müssen. Aber dann kommt der Satz: 'Militärische Neutralität von DDR und BRD auf dem Weg zur Föderation'. Das paßt nicht in die Logik dieses Vorgesagtes, das ist ein Fremdkörper. Alle Schritte müssen münden in den Aufbau einer neuen europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung, die an die Stelle der bisherigen Militärblöcke tritt. Wir wollen ein System kollektiver Sicherheit für ganz Europa und nicht deutsche Neutralität.

Wir machen uns nichts vor: Das neue Europa, die Einheit der Deutschen, die sind unvereinbar mit dem bisherigen waffenstarrten Gegeneinander von Nato und Warschauer Pakt. Da werden zwei Möglichkeiten diskutiert: Die eine ist die Einheit der Deutschen durch Austritt aus den jeweiligen Bündnissen. Das ist unser Weg nicht, das ist weder im Interesse der Deutschen noch im Interesse der Europäer.

Die gegenwärtige zerbrechliche Sicherheit in Europa dürfen wir nicht durch deutsche Unbedachtsamkeit gefährden. Unser Weg ist die schrittweise Überwindung der Blöcke. Und diesen Weg können wir nur dann gehen, wenn wir grundlegend umdenken. Helmut Kohl hat einmal gesagt, die Nato sei die „raison d'être“ der Bundesrepublik – das ist ein Irrtum. Sie ist nicht die „raison d'être“ der Deutschen. Sondern die Nato ist ein politisches Instrument, das wir solange brauchen, bis wir uns auf ein besseres verständigt haben.

Was wir wollen für Europa, das ist Zusammenarbeit statt Konfrontation, Miteinander statt Gegeneinander. Diesen Übergang von der Konfrontation der Blöcke zu einer neuen europäischen Friedensordnung, den müssen wir gemeinsam mit unseren Partnern so organisieren, daß auch auf dem Weg dahin Stabilität und Frieden erhalten bleiben. Die Konsequenz ist, daß die Neunziger-Jahre das Jahrzehnt der Abrüstung werden sollen. Daß wir Frieden schaffen mit wirklich immer weniger Waffen. Das muß das Thema der Neunziger-Jahre sein. Und das heißt: Anstatt sich zu bedrohen und sich zu bekriegen, müssen die Menschen, muß die Menschheit sich endlich den großen gemeinsamen Aufgaben stellen: den Hunger in der Welt zu besiegen, Krankheiten zu bekämpfen, Natur- und Umwelt vor weiterer Zerstörung zu bewahren, Arbeit zu schaffen und menschenwürdige Lebensbedingungen für alle, soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, bei uns und weltweit.

Stellt Euch vor, es wird ernst gemacht mit der Abrüstung – und alle machen mit. Aber noch ist es leider nicht so weit. In dem Jahr der Umbrüche, von dem ich gesprochen habe – in dem

Jahr der Umbrüche in der Tschechoslowakei, in der DDR, in Ungarn, in der Sowjetunion – in dem Jahr beschließt die Bundesregierung, die gegenwärtige Mehrheit in Bonn, den höchsten Verteidigungshaushalt aller Zeiten. Wer soll das verstehen? Wir Sozialdemokraten, wir wollen das nicht verstehen, wir wollen das ändern!

Wir wollen den Wehrdienst nicht verlängern, wir wollen ihn verkürzen! Wir wollen die Tieffluggebiete nicht anders verteilen, wir wollen die Tieffliegerei beenden! Wir wollen die Truppenstärke der Bundeswehr nicht beibehalten, wir wollen sie verringern! Und wir wollen den Jäger 90 nicht billiger machen – und wir wollen auch nicht weniger Jäger 90 – wir wollen, daß der Jäger 90 nicht gebaut wird, damit wir das Geld für anderes haben! Wir wollen nicht weniger atomare Artillerie, wir wollen, daß die Massenvernichtungsmittel von deutschem Boden verschwinden und daß sie weltweit abgeschafft werden!

Wir wollen weder veraltete, noch moderne Kurzstreckenraketen mit Atomsprengköpfen – wir wollen keine atomaren Kurzstreckenraketen! Und wir wollen den Waffenexport weder begünstigen noch verheimlichen. Sondern wir wollen, daß es außerhalb der NATO keinen Waffenexport aus der Bundesrepublik Deutschland gibt. Wenn wir ernst machen wollen, liebe Freunde, mit der Abrüstung, dann sind das auch neue Herausforderungen im wirtschaftlichen Bereich.

Wir brauchen praktische Konzepte für den Umbau von der Rüstungsproduktion auf zivile Produktion. Wir brauchen einen Strukturwandel ganz neuer Art, damit nicht regional und sektoral Unternehmen durch Arbeitsplatzinteressen die Abrüstung behindern. Wenn wir ernst machen mit der Abrüstung, dann ist das auch in unserem Interesse. Abrüstung nützt uns doppelt. Wir bekommen Menschen, Geld und Kapazitäten frei für gesellschaftlich wichtige Aufgaben.

Wir unterstützen die Politik von Michail Gorbatschow, der in der Sowjetunion vor Problemen und Aufgaben steht, wie sie in der jüngsten Geschichte ohne Beispiel sind. Michail Gorbatschow braucht nicht ermutigende Reden aus dem Westen, sondern er braucht Hilfe mit allen unseren Möglichkeiten im Interesse der Völker der Sowjetunion, in der Mitte und im Osten Europas, aber auch in unserem Interesse. Ohne Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft, ohne Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen haben Perestrojka und Glasnost keine Zukunft. Und das wäre verheerend nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für uns. Darum müssen bei den Wiener Abrüstungsverhandlungen schnelle Schritte beschlossen werden, die sich orientieren an den veränderten politischen und sozialen Verhältnissen in Europa.

Ich finde die neuen Vorschläge von George Bush ermutigend. Reduktionen aus der Sowjetunion zeigen: Schnelle Vereinbarungen sind möglich. Auch bei den Truppenstärken besteht noch Spielraum nach unten.

Aber was nicht geht, liebe Freunde, das sind Planspiele nach dem Motto: die Zahl der NATO-Soldaten verringern, aber das NATO-Gebiet ausdehnen! Darum brauchen wir noch in diesem Jahr eine KSZE-Sonderkonferenz der Regierungschefs mit dem Ziel, den schrittweisen Aufbau einer europäischen Friedensordnung zu vereinbaren. Und die Sowjetunion braucht modernste westliche Technik, damit sie ihre Wirtschaft modernisieren kann. Ich bitte unsere amerikanischen Freunde mit Blick auf die COCOM-Liste ganz eindringlich, sich nicht zu Gefangenen alter Gewohnheiten zu machen.

Bei dem, was da vor uns liegt an Aufgaben, hat natürlich das Verhältnis von Bundesrepublik und DDR eine ganz besondere Bedeutung. Wir brauchen einen besonnenen, planvollen Prozeß. Die zentrale Aufgabe – das können wir ja nicht oft genug sagen – ist es, das Wohlstandsgefälle abzubauen. Die Entvölkerung der DDR und Polens ist kein Weg zur Wiedervereinigung und ist kein Weg zum neuen Europa. Da muß Hilfe geleistet werden, wir können es nicht oft genug sagen! Das Ziel so-

zialdemokratischer Entspannungspolitik ist es gewesen, die Teilung zu überwinden, Begegnungen zu ermöglichen und die bei uns aufzunehmen, die unter Verfolgung und Unterdrückung gelitten haben – aber Entvölkerung ist nie unser Ziel gewesen. Darum bitten wir auch von hier aus die Menschen: Überlegen Sie sich Ihre Entscheidung gut! Es ist keine Lösung, wenn Hunderttausende auf lange Zeit in Lagern und Wohncontainern, auf Schiffen und in Turnhallen leben müssen. Und mit jedem, der weggeht, verschlechtern sich die Chancen in Brandenburg und in Mecklenburg, in Sachsen und in Sachsen-Anhalt und in Thüringen, eine neue Ordnung aufzubauen: Rechtsstaat und Demokratie, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung. Darum haben wir alle Anreize abgebaut, die zusätzlich Menschen dazu geführt haben, zu kommen. Wir stehen noch vor großen Aufgaben: Wir stehen vor neuen Regelungen im Rentenrecht, bei den Sozialleistungen.

Wenn ich mir da den Bundesarbeitsminister ansehe – was hat der in den vergangenen Wochen alles zu Oskar Lafontaine gesagt. Er hat ihn nicht nur scharf angegriffen, er hat ihn diffamiert, hat ihn als deutschenfeindlich, als Mauerbauer beschimpft. Im Hinblick auf Herrn Blüm kann ich nur sagen: Was ist von der Glaubwürdigkeit eines Mannes zu halten, der einen anderen diffamiert und ihm durch sein Handeln recht gibt? Jetzt sitzen die Beamten im Arbeitsministerium in seinem Auftrag an den Fragen, die wir Sozialdemokraten mit Oskar Lafontaine zum politischen Thema gemacht haben, weil sie die Menschen bewegen. Nein, nein, mit Gauklern kann man keine Deutschlandpolitik betreiben!

Was ich hier sage, ist nicht Abweisung von Menschen, die zu uns kommen, sondern ist die Erklärung der Bereitschaft, daß wir unseren Zuwachs an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit mit den Menschen in der DDR teilen wollen. Das entspricht dem Gebot sozialer Gerechtigkeit, denn es sind doch die ohnehin belasteten Bevölkerungsgruppen, die auch bei uns die Hauptlast der Integration tragen müssen. Die deutsche Frage ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, und wer könnte diese Frage besser beantworten als die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR.

Ich habe auf dem Landesparteitag in Köln vorgeschlagen, die dritte Stufe der Steuersenkung auszusetzen. Die Bundesregierung hat das abgelehnt. Wir müssen verhindern, daß diese falsche Politik fortgesetzt wird, denn ohne starkes Engagement der Unternehmen und der öffentlichen Hände ist es nicht zu schaffen. Aber auch hier gilt: Die starken Schultern müssen mehr tragen als die schwachen. Wir sprechen über diese wichtigen Fragen in der gemeinsamen Kommission der deutschen Sozialdemokraten. Wir bieten unseren Freunden die Hilfe, um die sie uns bitten. Dazu gehört nicht nur Wahlkampfhilfe, sondern dazu gehört, was wir an Erfahrungen haben, in der Struktur-, in der Umwelt-, in der Energiepolitik, in der Stadtentwicklung, im Verhältnis von Kommunen und Staat.

Die Wahl am 18. März, liebe Freunde, ist die Schicksalswahl nach 1945. Wir wollen dabei so helfen, daß zuerst die Demokratie und dann die SPD gewinnt in der DDR. Das sind unsere Ziele.

Wenn wir diese Aufgabe begriffen haben, wenn wir diese Herausforderung annehmen, dann verhindern wir auch, was andere versuchen, nämlich Deutschlandpolitik zum Aufheizen und Anheizen des Wahlkampfs zu nutzen, den wir hier zu führen haben, Deutschlandpolitik zu mißbrauchen als Ablenkungsversuch. Ich sehe bei der CDU im Lande die Gefahr, daß sie bei unserem Wahlkampf nur über Deutschland redet. Das hat einen ganz schlichten Grund: Zur Nordrhein-Westfalen fällt ihr nichts ein. Sie hat landespolitisch kaum etwas zu bieten, nicht einmal konstruktive Leistungen als Opposition.

Und weil sie sich landespolitisch keine Chancen ausrechnet, darum meidet sie die Auseinandersetzung über Landespolitik wie der Teufel das Weihwasser. Wir dürfen nicht zulassen, daß

die landespolitischen Themen außen vor bleiben. Wir haben nämlich allen Grund, über unsere Erfolge und über unsere Zukunftsvorstellungen mit den Wählerinnen und Wählern zu sprechen. Laßt uns das so tun, daß die Menschen es verstehen: Selbstbewußt, auch ein bißchen stolz, aber ohne Überheblichkeit. Ich glaube übrigens, daß die CDU sich täuscht, wenn sie glaubt, sie könnte aus ihrer landespolitischen Not in die deutschlandpolitische Tugend flüchten. Dann müßten sich ja erst mal Herr Blüm und Herr Worms, Herr Linssen, Herr Wallmann und ein paar andere auf gemeinsame Positionen verständigen. Der eine nennt die Ost-CDU „Blockflöte“, der andere geht zu ihrem Landesparteitag und spricht ein Grußwort. Und nun haben wir erlebt, wie Helmut Kohl versucht, die konservativen Sprengsel zusammenzufassen in der DDR. Der eine sitzt auf der Wartburg, der andere in der Kongreßhalle. Offenbar haben die Herren Gesprächsbedarf untereinander.

Wir können unsere Landespolitik, wir können die sich aus ihr ergebenden Aufgaben lösen, wenn wir auf einem sicheren Fundament stehen.

Am 13. Mai geht es darum, dieses Fundament zu erhalten und zu sichern. Es geht um politische Stabilität und Verlässlichkeit, um Bodenhaftung und Perspektive und um eine Vertrauensbasis in einer bewegter und unruhiger gewordenen Zeit.

Wir Sozialdemokraten sind die stabile Kraft unserer Republik im Zentrum Europas. Die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen kennen die Sozialdemokraten. Sie wissen, was sie an uns haben. Und sie kennen mich, und sie kennen die Politik, die ich mit dem gesamten Kabinett, mit der Fraktion und der Partei für unser Land mache. Sie kennen die Arbeit der Sozialdemokraten vor Ort in den kommunalen Parlamenten, aber auch in den Gewerkschaften, in den Vereinen und den Verbänden, in Wohlfahrtsverbänden und Bürgerinitiativen.

Laßt es Euch immer wieder sagen: Der Ernstfall der Demokratie ist nicht der Ortsvereinsvorstand, sondern die Begegnung mit dem Bürger in seinen Verbänden und Vereinen. Die anderen Parteien in Nordrhein-Westfalen haben nicht zu sich selbst gefunden. Sie suchen offenbar keine Gestaltungsmehrheit – sondern weil sie sich keine Chancen ausrechnen – eine Verhinderungskoalition. Wir aber wollen die Zukunft unseres Landes gestalten. Die anderen wollen die klaren Verhältnisse verhindern, die unser Land so stabil gemacht haben und behaupten, das diene der Demokratie.

Ich bin der Überzeugung: Klare Verhältnisse waren bisher gut für unser Land und sie sind auch gut für die Zukunft unseres Landes. Es hat sich ausgezahlt: Die Landesregierung war handlungsfähig. Sie konnte, wo immer das nötig war, schnell entscheiden. Der wirtschaftliche Wiederaufstieg des Landes war nur deshalb möglich, weil wir unnütze Reibungsverluste vermeiden haben. Und vieles von dem, was wir in unserem Programm vorschlagen, für das wir um Zustimmung werben, können wir nur verwirklichen, wenn wir hier klare Verhältnisse haben und unser Gewicht im Bund weiter verstärken.

Und darum setze ich auch jetzt wieder auf die, die mir 1985 ihr Vertrauen geschenkt haben. Aber ich gehe ein Stück darüber hinaus, und ich wende mich auch an die bisherigen Wählerinnen und Wähler der CDU und sage: Geben Sie bei der Landtagswahl der Stabilität in unserem Land, einer handlungsfähigen Regierung, den Vorzug!

Ich sage den liberalen Wählern: Sie wissen ja, die nordrhein-westfälische SPD bietet seit langem auch denen politische Heimat, denen Liberalität und Toleranz und Rechtsstaatlichkeit besonders wichtig sind. Was Koalitionsspekulationen angeht, will ich es halten wie 1985. Ich werde mich daran nicht beteiligen, sie sind für mich kein Thema. Die Grünen haben mit ihrer landespolitischen Grundsatzerklärung uns über Seiten hinweg attackiert als industriehörig, ökologisch halbherzig, liberal und unverantwortlich. Seitenlang – und auf der letzten Seite bieten sie sich dann als Koalitionspartner an. Manche nennen es schi-

zophren, manche peinlich. Das ist der stufenlose Übergang vom Fundamentalismus zum Opportunismus. Dabei will ich nicht mitspielen! Aber es gibt dabei noch einen wichtigen Gesichtspunkt. Liebe Freunde, wenn wir den Schutz der Umwelt, wenn wir das ökologische Thema einer anderen Partei überlassen, wenn wir unsere umweltpolitische Kompetenz preisgeben, und unseren Anspruch darauf, dann kriegen wir das zwei Jahrzehnte nicht wieder!

Und schließlich meine ich, es sei selbstverständlich für uns, daß im neuen Landtag nur Demokraten sein sollen. Wir haben Ende der 60er Jahre die NPD gestoppt. Wir wollen mit sozialdemokratischer Politik diesmal die neuen Rechtsextremisten stoppen. Sie sollen nicht in den Landtag kommen!

Ich habe, liebe Freunde, kürzlich eine Umfrage gelesen: Bei den Wählerinnen und Wählern spielt die Frage der Glaubwürdigkeit, der Ehrlichkeit eine viel größere Rolle als noch vor wenigen Jahren. Das hat mit bestimmten Erfahrungen zu tun. Für uns ergeben sich daraus zusätzliche Chancen, denn auch unser ärgster Gegner kann uns nicht absprechen, daß wir in den letzten fünf Jahren Wort gehalten haben. Wir haben gesagt, was wir tun wollen, und wir haben getan, was wir gesagt haben. Laßt uns mit diesem Pfund wuchern! Und es kann doch niemand bestreiten: Nordrhein-Westfalen steht heute besser da als vor fünf Jahren. Wir sind vorangekommen bei der ökologischen und ökonomischen Erneuerung in sozialer Verantwortung.

Viele erinnern sich noch: Die Nachkriegs-CDU in Nordrhein-Westfalen stand zur sozialen Verantwortung des Staates. Sie sprach vom christlichen Sozialismus. Sie hat den Begriff dann nicht mehr verwandt wegen möglicher Mißdeutung – aber auch, weil die soziale Pioniergesinnung der Gründer nicht mehr da war. Der Begriff „Christlicher Sozialismus“, so habe ich gelesen, ist später wegen seiner Anfälligkeit für Mißdeutungen nicht mehr verwandt worden. Vielleicht nicht nur der Mißdeutungen wegen, sondern weil jene soziale Pioniergesinnung der Gründer immer mehr schwand. So Norbert Blüm, 1972. Und da sollten wir uns auf eine Sozialismus-Diskussion einlassen. Wir sollten einer Erörterung ausweichen, die mit dem Begriff demokratischer Sozialismus verbunden ist und bei der wir Sozialdemokraten denken an Felipe Gonzales, an Mitterrand, an Olof Palme, an Ingvar Carlsson, an Willy Brandt. Wir schämen uns doch dieses Weges nicht, sondern wir gehen ihn zuversichtlich weiter!

Wir bleiben dabei: Freiheit ohne soziale Gerechtigkeit ist für die meisten Menschen undenkbar. Wir bleiben dabei: Das größte Unrecht ist das Vorrecht. Es gehört zur Freiheit, daß es ein ausreichendes Angebot an attraktiven Arbeitsplätzen gibt, daß der wirtschaftliche Strukturwandel durch eine aktive Strukturpolitik sozial gestaltet wird. Dafür haben wir fünf Jahre beharrlich gearbeitet. Und was wir erreicht haben, kann sich sehen lassen. Wir sind auf dem richtigen Weg. Aber wir bestreiten auch nicht, daß wir noch ein Stück vor uns haben. Vergangenes Jahr ist die Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen um rund 65.000 zurückgegangen. Aber wieviele Arbeitsplätze haben wir verloren bei Stahl, Bergbau und Textilindustrie. Von Juli 1984 bis Juni 1989 insgesamt 332.000 neue Arbeitsplätze – trotz der Verluste. Höchste Zuwächse bei den Dienstleistungen, in der Elektrotechnik, beim Straßenfahrzeugbau. In nur einem Jahr von Juni '88 bis '89 rund 100.000 neue Arbeitsplätze, das ist mehr als jeder vierte in der Bundesrepublik. Endlich ein überdurchschnittlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit auch im Verhältnis zum Bund. Im November 86 lag die Arbeitslosenquote in 32 von 33 Bezirken des Landes höher als im Bundesdurchschnitt. Die Ausnahme war Bonn. Jetzt liegt sie in zehn von 33 Arbeitsbezirken niedriger als im Bundesdurchschnitt. Die Zahl der neuen Unternehmen ist gestiegen, der kleinen und der mittelständischen. Es gibt eine anhaltende Dynamik im innovativen Bereich. Es gibt Stabilisierung in den klassischen Branchen.

Wir haben eine überdurchschnittliche Gründungsrate. Und wir haben Instrumente, mit denen wir das erreicht und befördert haben: die Zukunftsinitiativen, die Mobilisierung der Kräfte vor Ort. Seit 1988, verteilt auf vier Jahre, 2,2 Milliarden für die Zukunftsinitiativen. Im März wird es neue Bewilligungen geben. Untersuchungen zeigen uns: Bei den neu geschaffenen Arbeitsplätzen liegen 23 der 50 erfolgreichsten Städte in Nordrhein-Westfalen. 23 von 50!

Wir haben eine aktive Forschungs- und Technologiepolitik betrieben. 20 Technologiezentren mit über 300 Unternehmensgründungen und 4.200 qualifizierten Arbeitsplätzen; unser Landesprogramm „Mensch und Technik“, Technik also nicht gegen die Menschen, sondern mit den Menschen. Zwischen '85 und '88 hatten wir über 1,6 Milliarden aus dem Landeshaushalt ausgegeben, um Ausbildungsplatznot und Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Davon haben fast 70.000 junge Menschen profitiert. Das war nicht bloß ein Gebot der Solidarität, sondern das waren Investitionen in die Zukunft. Das sagen wir auch den Verantwortlichen in den Unternehmen, die heute darüber klagen, sie kriegten keine qualifizierten Leute. Wir wollen unsere Qualifizierungsoffensive fortsetzen, wir wollen Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen, überbetriebliche Weiterqualifizierung fördern. Wir wollen Beschäftigungsinitiativen weiter unterstützen.

Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände in der Metallindustrie stehen vor einer schwierigen Tarifrunde. Das Klima wird zusätzlich belastet durch den § 116 AfG. Wenn es zu Streiks kommen sollte, droht unbeteiligten Arbeitnehmern die kalte Aussperrung. Wir haben gegen diese Änderung des § 116 geklagt, und wir stehen in Karlsruhe und warten auf Verhandlung und Urteil. Denn offenbar sollte diese Novelle die Verhandlungsposition der Gewerkschaften schwächen. Ich meine: Bei realistischer Einschätzung der wirtschaftlichen und sozialen Lage, bei gutem Willen auf beiden Seiten, müßte eine Einigung möglich sein – ohne schwer kontrollierbare soziale Konflikte. Ich werde mich in die Tarif-Auseinandersetzungen nicht einmischen, keine öffentlichen Ratschläge geben. Aber ein paar Fakten sollte man nicht übersehen. In den vergangenen Jahren sind die Gewinne in die Höhe geschossen und die Lohnquote ist auf das Niveau von 1960 gesunken. Von 1982 bis 1989 Steigerung der Löhne nur um 24 Prozent, der Gewinne aus Unternehmertätigkeit um 119 Prozent. Und die über eine Million neuen Arbeitsplätze, die sind nicht nur durch mehr Arbeit entstanden, sondern vor allem durch andere Verteilung der Arbeit: Die Zahl der Erwerbstätigen hat um 3,2 Prozent zugenommen, das Arbeitsvolumen nur um 0,1 Prozent. Wir sollten vor diesem Hintergrund hoffen, daß ein vernünftiger Kompromiß zustandekommt, der stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit mit angemessenen Lohnerhöhungen verbindet. Wir wenden uns auch der Wohnungsnot zu: Wir haben die Mittel Ende 1988 erheblich verstärkt, wir haben das Wohnungsbauprogramm 1989 gegenüber 1988 verdoppelt. Wir wollen 1990 wieder 24.500 Sozialmietwohnungen und Eigenheime fördern. Wir wollen im Vorgriff 3.600 Mietwohnungen möglich machen, sobald die Planungen fertig sind. Die Förderung des Sozialwohnungsbaus wird eine Herausforderung für die nächste Wahlperiode sein. Aber dann müssen wir noch kritischer prüfen, auf was wir verzichten können oder verzichten sollen.

Laßt mich, liebe Freunde, noch auf einen Punkt kommen, den ich landespolitisch für besonders bedeutsam halte: Weltweit wissen die Menschen – hoffentlich auch bei uns – Nordrhein-Westfalen ist inzwischen das Zentrum der Umwelttechnik. Über 1.000 Unternehmen mit über 100.000 Arbeitnehmern; 80 Prozent dieser Betriebe haben weniger als 100 Beschäftigte. Sie sind flexibel, sie reagieren schnell, der Markt ist dynamisch. 30 Prozent dieser Betriebe sind seit 1981 entstanden. Und der jüngste Beleg für den Weltruf dieser Umwelttechnik ist die Vereinbarung mit der Sowjetunion über die Lieferung von Filteranlagen. Ich nehme das als Stichwort, um zu sagen: Unser Land soll die grünste Industrieregion der Welt werden, das ist unser

Ziel für die Neunziger-Jahre. Wer das will, der muß Umweltkosten künftig in die Produktionskosten einrechnen, der muß Steuersysteme und Abgabensysteme so umgestalten, daß Umweltsorge sich lohnt, und Umweltbelastung teuer wird. Der muß das Energiesystem umbauen und eine Verringerung des Energie-Umsatzes erreichen. Die Stichworte sind: Energiesparen, Entwicklung und Anwendung unerschöpflicher Energiequellen und Vorrang für die umweltverträgliche Verwendung der heimischen Kohle. Ich sage zur Zukunft der heimischen Kohle: Mit meiner Zustimmung wird am Jahrhundertvertrag nicht herumgefummelt! Er gilt. Wir stehen zu dem, was zwischen dem Bundeskanzler, Oskar Lafontaine und mir im August letzten Jahres vereinbart worden ist: 40,9 Millionen Tonnen. Und ich denke, daß die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa auch für die Energiepolitik neue Fakten gesetzt haben, die in den Bericht der Mikat-Kommission eingehen müssen. Ich erwarte, daß die Bundesregierung sich an Buchstaben und Geist der Vereinbarung hält. Und ich erwarte bald eine klare öffentliche Stellungnahme. Die Bergleute an der Ruhr und in Ibbenbüren, in Hückelhoven und im Aachener Revier haben Anspruch auf Klarheit und auf Verlässlichkeit dessen, was Regierungen tun.

Wir haben uns entschieden für den Übergang zu einer Energieversorgung ohne Kernenergie, da wir die Risiken für nicht verantwortbar halten. Solange Kernenergie noch genutzt wird, muß gelten: Sicherheit ist oberstes Gebot. Ich hoffe, das gilt künftig auch in der DDR. Und darum sage ich für uns: Der Schnelle Brüter kann nicht ans Netz gehen. Deshalb haben wir den THTR im Einvernehmen mit allen Beteiligten stillgelegt. Und darum sagen wir: Das Kernkraftwerk Würgassen darf nicht mehr ans Netz gehen, wenn die Sicherheit unserer Bürger und Bürgerinnen nicht gewährleistet ist. Und den Nachweis dafür muß der Betreiber bringen. Wir werden alle Vorschläge streng nach Recht und Gesetz prüfen.

Liebe Freunde, auf dem Weg unserer Politik habe ich immer das Gemeinsame über das Trennende gestellt. Das Wort „Versöhnen statt Spalten“ war nicht irgendeine Floskel, es war übrigens auch kein Wahlslogan der Politik, für die ich stehen möchte. Diese Politik, die das Gemeinsame über das Trennende stellt, hat unser Land stark gemacht. So haben wir Kräfte unterschiedlicher Richtungen auf ein gemeinsames Ziel bündeln können. Also nicht künstliche Harmonie, sondern kluger Interessenausgleich. Die wesentlichen Ziele unserer Gemeinschaft gemeinsam erreichen, das ist das Kennzeichen der sozialdemokratischen Gestaltungsmehrheit bei uns.

Mein Ziel ist, daß wir in Nordrhein-Westfalen verlässliche Kraft geben für Deutschland, daß wir in diesen unruhigen und hoffnungsreichen, aber auch ungewissen Zeiten Verlässlichkeit und Perspektive miteinander verbinden. Ich bitte alle Wählerinnen und Wähler: Helfen Sie mit! Es geht um eine wichtige Weichenstellung! Ich glaube nicht, daß ich überheblich bin, wenn ich sage: Die Landesregierung, die ich geführt habe, legt eine Erfolgsbilanz vor. Der Aufbau unseres Landes ist schneller gegangen, als es die meisten erwartet haben, aber es bleibt noch viel zu tun. Ich will es anpacken! Zusammen mit Männern und Frauen, die engagiert sind, glaubwürdig und kompetent.

Ich stütze mich auf Tatsachen und nicht auf Vermutungen, wenn ich voraussage: Wir werden wieder Nummer Eins! Nordrhein-Westfalen ist im Aufwind. Wir haben den Aufbruch aus eigener Kraft geschafft. Manche wollen einfach nicht mehr an das erinnert werden, was sie vor kurzem noch an Abfälligem über Nordrhein-Westfalen gesagt haben. Ich fühle mich bestätigt durch die Entwicklung der vergangenen fünf Jahre. Dieser Aufbruch war solide und stetig. Wir wollen selbstbewußt Kraft schöpfen und noch stärker werden, damit wir auch anderen helfen können. Nordrhein-Westfalen hat große Chancen für eine gemeinsame Zukunft. Wir wollen sie gemeinsam nutzen!

Ich bin bereit, in den kommenden fünf Jahren meinen Beitrag zu leisten, aber auf meine Art. Und dazu gehört auch: Der Wahl-

kampf soll hart sein, aber fair! An Polemik um der Polemik willen und an Schlammschlachten werde ich mich nicht beteiligen!

Nun hat der gegenwärtige Herausforderer, die wechseln ja bei jeder Wahl, um die Jahreswende eine Zeitungsanzeige zur Fairneß veröffentlicht und hat für „Versöhnen statt Spalten“ plädiert – das hat er wohl irgendwo aufgefangen. Ich würde ihm das gerne glauben, ich würde das Angebot gerne annehmen, wenn ich nicht die schlimme Erfahrung des Kommunalwahlkampfes hätte. Das war ein freilich mißlungener, aber eindeutiger Verleumdungsversuch. Wir werden also Herrn Blüm und seine Freunde nicht mehr an dem messen, was sie versprechen, sondern an dem, was sie tun. „Dem Sozialismus laufen die Leute weg, darum CDU?“ Das ist nicht die Melodie, die wir nachsingen oder gegen die wir ansingen. Wir lehnen Freund-Feind-Denken ab, wir zeigen unsere Erfolgsbilanz vor und bitten, gestützt auf sie, um das Vertrauen der Menschen. 99 Tage Vertrauensarbeit. Laßt niemanden links oder rechts liegen.

Wir haben gute Chancen. Seit 1985 haben wir in Nordrhein-

Westfalen vier Wahlen gehabt. Wir haben jedes Mal zugelegt. Plus 0,4, plus 0,5, plus 1,9, plus 3,7. Die CDU hat jedes Mal verloren: minus 4,7, minus 5,1, minus 6,7, minus 7,1. Wenn wir uns das vergegenwärtigen, wenn wir uns nicht ablenken lassen, wenn wir diesen Weg weitergehen, wenn wir deutlich machen, wir haben die Entwürfe und die Kraft, sie zu realisieren für die Zukunft unseres Landes, wenn wir nicht vergessen, diese Republik braucht ein soziales Gewissen, das stark genug ist, auch Gegengewicht zu sein, dann wird der 13. Mai ein guter Tag für die Kandidaten, für die Partei, für die Menschen in Nordrhein-Westfalen, für die wir stehen und einstehen und arbeiten. Ein guter Tag für dieses so oft geschundene, so oft schuldig gewordene Deutschland, das nicht so wäre, wie es ist, das nicht die Chancen hätte, die es hat, wenn es nicht seit fast 130 Jahren Menschen gäbe, denen soziale Verantwortung und Solidarität, Fortschritt und Miteinander statt Gegeneinander wichtiger sind als die Ellenbogen. Laßt uns daran arbeiten, daß dieser Tag gelingt und daß fünf gute Jahre kommen für unser Land!



# Bericht der Mandatsprüfungskommission



**Rainer Verhoeven erstattete den Bericht der Mandatsprüfungskommission.**

Von 300 stimmberechtigten Delegierten entfielen auf die Bezirke:

OWL	30, davon anwesend	24,
WW	144, davon anwesend	141,
NR	72, davon anwesend	69,
MR	54, davon anwesend	54,

mithin gesamt 288.

Die Beschlußfähigkeit der Landesdelegiertenkonferenz wird festgestellt. Widerspruch dagegen oder gegen die Stimmberechtigung der Delegierten ergibt sich nicht.

# Beschlußfassung über die Landesreserveliste

## a) Platz 1 der Landesreserveliste:

Für Platz 1 der Landesreserveliste ist Johannes Rau vorgeschlagen.

Wahlergebnis Johannes Rau	abgegeben. Stimmen	gültig	Ja	Nein	Enth.
	288	288	285	1	2

Vor Eintritt in die Wahl Platz zwei bis Schluß der Landesreserveliste, stellte Christoph Zöpel fest, daß außer dem Vorschlag des Landesvorstandes keine weiteren Vorschläge eingegangen seien.

## Ag des Bezirks Ostwestfalen-Lippe im Wortlaut

Die Delegierten unterstützen die Forderung des Bezirksparteitages Ostwestfalen-Lippe, der ASF des Bezirks Mittelrhein, der ASF des Unterbezirks Lippe und des Bezirksvorstandes der ASF Ostwestfalen-Lippe, die Landesliste der SPD für die Landtagswahlen ab Platz zwei solange mit Frauen zu besetzen, bis die von der SPD in Münster selbst gesetzte Quote erreicht ist. Die Mitglieder von Landesausschuß und Landesvorstand der SPD sowie die Delegierten der Landeswahlkonferenz wurden aufgefordert, sich in diesem Sinne zu verwenden.

Zum Antrag des Bezirks Ostwestfalen Lippe lautete die Empfehlung der Antragskommission: erledigt durch den Vorschlag des Landesvorstandes zur Landesreserveliste.

Die Landesdelegiertenkonferenz folgte diesem Votum.

## b) Wahlergebnis

Platz zwei bis Schluß der Landesreserveliste

Platz	Name	abgegeben. Stimmen	gültig	Ja	Nein	Enth.
2	Friedhelm Farthmann	288	287	263	22	2
3	Anke Brunn	bis Ende		278	7	2
4	Ilse Ridder-Melchers			275	7	5
5	Herbert Schnoor			283	2	2
6	Brigitta Heemann			268	12	7
7	Wolfgang Clement			271	12	4
8	Marie-Luise Morawietz			276	5	6
9	Gisela Gebauer-Nehring			273	9	5
10	Doris Langenbruch			272	10	5
11	Anne Garbe			278	3	6
12	Barbara Hendricks			274	8	5
13	Gisela Lehwald			277	5	5
14	Johannes Sondermann			280	5	2
15	Erich Heckelmann			278	6	3
16	Günter Spangenberg			280	3	4
17	Hildegard Falk			278	3	6
18	Ludger Hovest			277	4	6
19	Joachim Westermann			282	2	3

20	Angelica Schwall-Düren	275	5	7
21	Marianne Dohmen	278	4	5
22	Manfred Kratz	281	-	6
23	Horst Hein	284	-	3
24	Bernd Feldhaus	283	-	4
25	Albert Holzhauer	282	1	4
26	Inge Hagemann	279	2	6
27	Karl-Heinz Brülle	282	1	4
28	Uta Holtmeier	280	3	4
29	Ursula Zumhasch	280	2	5
30	Adolf Retz	285	-	2
31	Helmut Kupski	284	-	3
32	Dorothee Danner	276	6	5
33	Karl-Ludwig Völkel	284	1	2
34	Brigitte Speth	282	2	3
35	Hagen Müller	283	1	3
36	Annelie Kever	280	2	5
37	Reinhold Hemker	282	3	2
38	Hans Klaps	281	1	5
39	Martin Stevens	283	1	3
40	Rainer Müller	284	1	2
41	Heinrich Becker	281	1	5
42	Heidi Berger	281	4	2
43	Joachim Musholt	282	1	4
44	Donata Reinecke	281	3	3
45	Heinz Hilgers	285	1	1
46	Günter Harms	283	1	3
47	Erika Rothstein	282	2	3
48	Hans Jaax	285	1	1
49	Herbert Krause	282	-	5
50	Peter Stolper	282	1	4
51	Irmgard Schmid	277	5	5
52	Hermann Jansen	283	2	2
53	Marita Rauterkus	284	1	2
54	Gunther Sieg	282	3	2
55	Ingeborg Friebe	282	3	2
56	Gerd Wirth	284	1	2
57	Hans Kern	282	3	2
58	Hans Kraft	285	-	2
59	Joachim Meynert	285	-	2
60	Manfred Hemmer	285	-	2
61	Manfred Lucas	284	-	3
62	Carla Boulboulé	279	4	4
63	Ferdi Franke	284	-	3
64	Wolfgang Drese	285	-	2
65	Marlen Schulte	282	2	3
66	Hans Vorpeil	283	1	3
67	Peter Borries	284	-	3
68	Wilhelm Riesmeier	283	-	4
69	Jarka Pazdziora-Merk	282	4	1
70	Franz-Josef Fürkötter	285	-	2
71	Eugen Gerritz	285	1	1
72	Edgar Moron	283	1	3
73	Vera Dedanwala	285	1	1
74	Reinhold Wiegers	283	1	3
75	Manfred Ludwig Mayer	283	2	2

76	Karl Schultheis	285	1	1
77	Gisela Meyer-Schiffer	284	2	1
78	Herbert Heidtmann	285	1	1
79	Ernst Martin Walsken	285	-	2
80	Horst Ryschka	284	1	2
81	Jürgen Schaufus	284	-	3
82	Charlotte Kann	282	4	1
83	Robert Schumacher	286	-	1
84	Bernhard von Grünberg	285	-	2
85	Jürgen Büssow	286	1	-
86	Fritz H.-J. Werner	285	-	2
87	Hans Alt-Küpers	285	-	2
88	Walter Grevenier	284	1	2
89	Rüdiger Sielaff	285	-	2
90	Uwe Herder	285	2	-
91	Eberhard Sohns	285	-	2
92	Benno Scheuer	283	1	3
93	Reinhard Grätz	282	2	3
94	Lutz Beine	283	-	4
95	Bodo Hombach	276	10	1
96	Bernd Flessenkemper	285	-	2
97	Horst Radtke	283	1	3
98	Jürgen Thulke	285	1	1
99	Horst Vöge	281	-	6
100	Günter Weber	284	-	3
101	Johannes Gorlas	283	2	2
102	Manfred Dammeyer	284	1	2
103	Rudolf Apostel	283	-	4
104	Manfred Bruckschen	284	1	2
105	Johannes Pflug	283	1	3
106	Friedrich Hofmann	284	-	3
107	Gerd-Peter Wolf	284	1	2

Einwände gegen die Wahl und das Wahlergebnis gab es nicht.